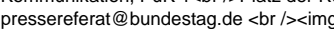




Jugendbegegnung aus Anlass des Gedenktages am 27. Januar beschäftigt sich mit den Opfern des Nationalsozialismus in der Ukraine

Jugendbegegnung aus Anlass des Gedenktages am 27. Januar beschäftigt sich mit den Opfern des Nationalsozialismus in der Ukraine
Anlässlich des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus lädt der Deutsche Bundestag vom 24. bis zum 30. Januar 2013 80 Jugendliche aus Deutschland und seinen Nachbarländern, die sich in der Gedenkstätten- und Anti-Rassismus-Arbeit engagieren, zu dem Seminar "Osteuropa als Ort nationalsozialistischer Verbrechen: Besatzung, Zwangsarbeit und Völkermord in der Ukraine" ein. In Kiew werden die Teilnehmer Originalschauplätze wie die Massenerschießungsstätte Babyn Jar besuchen, Museen und Gedenkstätten anschauen sowie Zeitzeugen treffen. Zu den Themen der Jugendbegegnung gehören auch der Massenmord an Juden und Roma, Hungerpolitik und alltägliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung sowie die in nahezu jeder ukrainischen Familie erlittene Deportation zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich. Daneben widmen sich die Jugendlichen den verschiedenen Erinnerungskulturen in Europa und vor allem auch in der Ukraine selbst. Ebenfalls vorgesehen ist der Austausch mit ukrainischen Jugendlichen. Nach der Rückkehr nach Deutschland wird die Gruppe an der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 30. Januar teilnehmen. Den Abschluss der Veranstaltung bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema "Die Gegenwart der Vergangenheit: Die Lokalisierung von Stätten nationalsozialistischer Massenerschießungen in der Ukraine und der Umgang mit ihnen", zu der Bundestagspräsident Norbert Lammert den Gründer der französischen Organisation Yahad - In Unum, Pater Patrick Desbois, und die Leiterin des Berlin-Büros des American Jewish Committee, Deidre Berger, begrüßen wird. Die wichtigsten Termine im Deutschen Bundestag: Mittwoch, 30. Januar, 12 Uhr: Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (Plenarsaal). Details entnehmen Sie bitte unserer Presseinformation vom 9. 11.2012 http://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2012/pm_121109.html Mittwoch, 30. Januar, 14 Uhr: Podiumsdiskussion mit Pater Patrick Desbois und Deidre Berger. Begrüßung durch Bundestagspräsident Norbert Lammert. (Jakob-Kaiser-Haus, Raum 1.302) Medienvertreter sind zur Berichterstattung herzlich eingeladen. Ansprechpartner für die Begleitung der Veranstaltung ist Herr Dr. Guckes, Tel. 030/227-35855 oder 0151/44695852. Es gilt die übliche Akkreditierung des Deutschen Bundestages. Deutscher Bundestag
Presse und Kommunikation, PuK 1 Platz der Republik 1, 11011 Berlin Tel.: +49 30 227-37171, Fax +49 30 227-36192 www.bundestag.de , pressereferat@bundestag.de 

Pressekontakt

Deutscher Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bundestag

11011 Berlin

Kein Bundestag ist wie der andere. Jedes Mal haben die Wähler neu entschieden, wer stellvertretend für alle die Regeln entwickeln soll, die dann für alle gelten werden. Jedes Mal haben die Wähler neu bestimmt, wie stark der Einfluss der einzelnen Parteien in der Volksvertretung sein soll, wer somit die Regierung bilden kann und wer in die Opposition muss. Und deshalb beginnt auch jeder Bundestag ganz von vorn. Denn die neu gewählten Abgeordneten können nicht von ihren Vorgängern vorbestimmt werden, deren Legitimität, für das Volk zu entscheiden, mit dem Zusammentreten des neuen Bundestages erlischt. Der PräsidentDer Präsident leitet nicht nur die Bundestagssitzungen (in der er sich mit seinen Stellvertretern abwechselt), er vertritt den Bundestag auch nach außen. Protokollarisch ist er als Repräsentant der Legislative nach dem Bundespräsidenten der zweite Mann im Staat. Er ist nicht nur Adressat aller Eingaben und Entwürfe von Bundesregierung, Bundesrat oder Mitgliedern des Bundestages, er setzt sich auch für die Würde des Bundestages und die Rechte seiner Mitglieder ein. Er ist der oberste Dienstherr der Bundestagsmitarbeiter und übt sowohl das Hausrecht als auch die Polizeigewalt in den Gebäuden des Parlamentes aus.